

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Pettzeile oder deren Raum 30 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Die Arbeiterversicherung und die schwerhörigen Arbeiter.

Wie notwendig für die Arbeiterklasse der weitere Ausbau der Sozialversicherung ist, zeigt sich auch unter anderem in der bedauernswerten Lage der schwerhörigen Arbeiter. Es ist nicht jede Art von Schwerhörigkeit heilbar, und für die unheilbar Schwerhörigen ist das Leben eine fortwährende Qual der Entbehrung in geistiger und körperlicher Hinsicht. Vermittelt uns doch das Ohr durch die Aufnahme der Sprache das Menschliche im menschlichen Leben, den Umgang mit unsern Mitmenschen. Es erschließt uns eine der hehrsten idealen Welten, die Welt der Töne, die mit Macht des Menschen Herz in seinen Tiefen zu erschüttern und zu erfreuen vermag. Zu den unheilbaren Fällen der Schwerhörigkeit zählt insbesondere die „fortschreitende Schwerhörigkeit“ (Otosklerose = Ohrenverknöcherung). Die Entstehung dieses Leidens ist in den meisten Fällen auf Erkältungskrankheiten zurückzuführen, demzufolge eine zunehmende Verkalkung der Gehörwerkzeuge eintritt, durch die die Luftleitung unterbrochen wird. Die Schwerhörigkeit nimmt langsam und scheinend zu und erreicht erst nach Jahren einen hohen Grad. Als Begleiterscheinungen treten oft noch Ohrengeräusche, wie Glockenläuten, Wasser-rauschen usw., hinzu, die diese Kranken zur Verzweiflung treiben können.

Einer Besserung des Leidens steht die ärztliche Kunst noch hilflos gegenüber. Schreibt doch selbst Professor Dr. H. Walb (Bonn) im Handbuch der Ohrenheilkunde von Professor Dr. H. Schwarze:

Bei keiner Krankheit wird mehr von den Ärzten gewünscht, als bei der Sklerose. Wochenlang Kuren mit Katheter und Luftpumpe, Einschnitte ins Trommelfell, Einspritzungen von Medikamenten, Elektrizität: immer dieselbe Leidensgeschichte bei diesen Patienten. Und der Effekt? — Jedenfalls keine Besserung, oft genug eine rapide Verschlimmerung des Leidens. Gewiß ist, daß für die Sklerosen kein Heilmittel gefunden worden ist, auch kein operatives.

Der gesundheitsvernichtende Krieg wird nun auch das Heer der unheilbar schwerhörigen Arbeiter bedeutend vermehren. Insbesondere die Erkältungskrankheiten im Felde werden noch nach Jahren zur unheilbaren Schwerhörigkeit führen. Um diesen unheilbar Schwerhörigen ihr Leiden zu erleichtern, haben einschlägige Firmen unter Zuziehung von Ohrenärzten verstanden, die Elektrizität dem Dienst der Schwerhörigen nutzbar zu machen. Es werden Hörapparate in Gestalt eines kleinen Taschentelephons hergestellt, deren praktische Anwendung ergeben hat, daß sie ein gutes Hilfsmittel darstellen, dem Schwerhörigen den teilweisen Verlust des Gehörs zu ersetzen. Die Preise dieser Apparate sind aber sehr hoch; ein guter, brauchbarer Hörapparat stellt sich auf über M. 100. — Da der Durchschnitt der schwerhörigen Arbeiter in der Entlohnung noch schlechter gestellt ist als der der gesunden, wird man es verstehen, daß dem Schwerhörigen die Anschaffung derartiger guter Hilfsmittel auf eigene Kosten schier unmöglich ist.

Die sozialen Versicherungseinrichtungen im Reich, Staat und in den Gemeinden haben aber der Fürsorge für schwerhörige Arbeiter noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Lehnte doch zum Beispiel noch kurz vor dem Kriege die Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe (Berlin) und auch die deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft selbst einen Antrag ab, der nur eine Beihilfe zur Anschaffung eines elektrischen Hörapparates forderte. Erstere mit der Begründung: der Apparat stelle kein Heilmittel, sondern nur ein Hilfsmittel zum besseren Hören dar; letztere: „Es stehen uns keine Mittel dazu zur Verfügung“. Nun sind aber die Brille, das Bruchband und die verschiedenen künstlichen Gliedmaßen, die die Krankenkassen schon jetzt bewilligen, auch keine

Heilmittel, sondern nur Hilfsmittel für die jeweiligen Kranken. Daß diese Hilfsmittel mit einer ähnlichen Begründung abgelehnt wurden, davon ist bisher nichts bekannt geworden. Den Krankenkassen sollte deshalb das Recht eingeräumt werden, die Kosten oder mindestens eine Beihilfe zu den Kosten bei Anschaffung von Hörapparaten zu bewilligen. Bei größeren Aufträgen an Hörapparaten durch die Krankenkassen dürften sich die Preise bedeutend niedriger stellen als der eines einzelnen Apparates. Die Ausgaben hierfür würden aber durch die Ersparnis an Arztgehonoraren reichlich ausgeglichen werden. Läuft doch der Schwerhörige, trotz der Ausichtslosigkeit auf Besserung seines Leidens, immer wieder zum Arzt, obwohl die Kosten, die den Krankenkassen dadurch entstehen, meist zwecklos sind. Auch die Unfallversicherungskassen sollten der Fürsorge für schwerhörige Arbeiter näher treten, weil der Schwerhörige der Gefahr eines Unfalles, der ihm die Erwerbsfähigkeit rauben kann, in weit größerem Maße ausgesetzt ist als der Gehörnde. Gerade der Schwerhörige ist — bedrückt durch sein Gebrechen — ein williger Arbeiter. Die Erfahrung hat gelehrt, daß der teilweise Mangel des Gehörs die geistigen Fähigkeiten eher schärft als lähmt. Schon deshalb wäre es ein Gebot der Menschlichkeit, daß die sozialen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinden auch auf die unheilbar schwerhörigen Arbeiter zeitgemäße Anwendungen finden. H. B.

Ein Friedensbund der Zukunft.

Wie immer der militärische Ausgang des Krieges sich gestalten mag, wie immer auch die Friedensbedingungen lauten mögen, gewaltige wirtschaftliche und politische Veränderungen der jetzigen Zustände und Verhältnisse werden sich zweifellos vollziehen. Ob sich der namentlich von englischen Finanz- und Handelskreisen befürwortete Wirtschaftskrieg gegen die Zentralmächte, der nach dem Kriege einsehen soll, wird verwirklichen lassen, siehe dahin. Braucht auch am aufrichtigsten Bestreben des englischen Kapitals, die unbequeme deutsche Konkurrenz nach Möglichkeit zu beseitigen oder doch zu schwächen, nicht gezwungen zu werden, so genügt doch in der Politik noch weniger als auf andern Gebieten der „gute Wille“. Wenn diesem nicht reale Macht zur Seite steht, vermag er nichts zu erreichen. Immerhin bietet der Plan, nach dem Kriege mit militärischen Vernichtungsmitteln den Krieg mit den Waffen des Kaufmannes folgen zu lassen, den Fingerzeig für ein Programm, dessen Durchführung den europäischen Mittelmächten obliegen wird.

Der Plan einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist nicht neu. Auch wenn der Krieg nicht gekommen wäre, hätte der Ausführung dieses Planes nähergetreten werden müssen, weil sonst die Zentralmächte in schwere Nachteile geraten wären gegenüber einer von England aus seit langem systematisch betriebenen Politik. England ist als Mutterland des Freihandels bekannt. Aber ist bereits seit zwei Jahrzehnten eine starke schutzöllnerische Bewegung im Inselreiche bemerkbar, so ist dieselbe in den überseeischen Tochterstaaten Englands schon längst planvoll verwirklicht worden. Das kanadische Reich in Nordamerika, die australischen Staaten, das südafrikanische Kapland und nicht zuletzt das englische Ostindien sind schon längst mit starken Schutzzollmauern versehen worden. Doch diese Schutzzölle gewähren den aus England kommenden Waren beträchtliche Vorteile, weil für derartige Waren die zur Erhebung gelangenden Zollsätze um den vierten Teil oder noch mehr ermäßigt werden. Da der Verkaufspreis jeder Ware im Einfuhrlande gleich ist dem eigentlichen Preise zuzüglich des Zollsatzes, und da im Einzelverkehre für die zu billigerem Zollsätze eingeführten Waren kein geringerer Preis verlangt wird als für die andern, die den vollen Zollsatz tragen, bedeutet die Vergünstigung, die England für seine Industrieprodukte in den Tochterstaaten sich ausbedungen hat, eine ganz erhebliche Bevorzugung auch ohne besonderen Wirtschaftskrieg. Die gesamte Einflusssphäre Englands erstreckt sich auf annähernd 44 Millionen Quadratkilometer. Das zweitgrößte Reich der Erde, Rußland, beherrscht ein Gebiet von etwa 33 Millionen Quadratkilometer. Auch Frankreich stellt mit seinem Kolonialbesitz eine räumlich bemerkenswerte Macht dar. Wenn diese drei Gebietgruppen, was niemand würde verhindern können, sich gegenseitig das

Recht der Meistbegünstigung zusichern, so wäre das ein empfindlicher Schlag für Mitteleuropa, besonders für Deutschland mit seiner riesenhaft schnell und stark entwickelten Ausfuhrindustrie.

Variert kann die daraus drohende Gefahr nur werden, wenn die europäischen Mittelstaaten sich zu einer ähnlichen Einheit zusammenschließen. Nicht Deutschland und Oesterreich-Ungarn allein, sondern auch die Balkanstaaten mit der Türkei und dem großen türkischen Besitze in Asien. Die Bildung eines Wirtschaftsbundes dieser Art bedeutete zwar anscheinend eine Ablehnung der Idee der internationalen Verständigung aller Völker und einer alle Staaten umfassenden Organisation, allein für die nächste Zeit hat der Krieg ohnehin die Verwirklichung dieses Ideals unmöglich gemacht. Die internationale Verständigung wird sicherlich kommen. Hat der Interessenskonflikt in die schrecklichen Kriege der letzten Jahrhunderte geführt, so werden die Völker schließlich doch noch lernen, bei Wahrung jeder berechtigten Eigenart die gemeinsamen Kulturziele in gemeinsamer Friedensarbeit zu verfolgen. Wir geben somit als Sozialdemokraten nicht das geringste von unsern letzten Zielen auf, wenn wir trotzdem dafür eintreten, daß ein mitteleuropäischer Wirtschaftsbund errichtet wird, um ein Gegengewicht zu schaffen gegen die bereits bestehenden Wirtschaftsimperien.

Aufgaben von größter Bedeutung und schwierigster Art würden von einem Wirtschaftsbunde Mitteleuropas zu lösen sein. Wer Ungarn und die Balkanstaaten nur flüchtig berührt hat, weiß, was Technik und Organisation dort noch zu leisten vermögen. Für Vorderasien gilt das in noch vervielfachtem Maße. Der Verkehr braucht Bahnen und Straßen, Kanäle und Regulierungen. Die Landwirtschaft kann durch Musterbetriebe, durch Schulen und Organisation des Handels auf eine Ertragsfähigkeit gesteigert werden, die jetzt als unmöglich erscheinen könnte. Oedland von der Ausdehnung deutscher Mittelstaaten ist unschwer in fruchttragendes Gelände verwandelt worden. Unerlöschliche Millionenwerte kann eine vernünftige Forstkultur spenden, und was die Erde an schätzbaren Erzen, an Kohlen und andern brauchbaren Stoffen noch verbirgt, entzieht sich fast völlig noch der Kenntnis. Jedenfalls locken, schon vom rein kapitalistischen Standpunkte aus, so dankbare Aufgaben, daß eine kraftvolle Inangriffnahme der Arbeit von vornherein den Erfolg in sich trägt.

Deutschland kann den Weg zum Agrarstaat nicht wieder zurückfinden. Das ist auch nicht nötig. Doch bei aller Förderung des intensiven Landwirtschaftsbetriebes werden wir nicht in der Lage sein, alle zur Ernährung erforderlichen Produkte pflanzlicher und tierischer Art in dem Umfange zu erzeugen, wie es die zunehmende Bevölkerungszahl nötig macht. Was uns fehlt, können dann die zu unserm Wirtschaftsbunde gehörigen Staaten bequem leisten. Zugleich würde die Ausschließung der neuen Gebiete im Südosten Europas und in Vorderasien unserer Industrie Absatzgebiete eröffnen, die reichlich das Geld aufwiegen, das wir für die Naturprodukte, die sie uns liefern, ihnen bezahlen.

Und nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete würde ein Wirtschaftsbund der geschilderten Art vorteilhaft sein. Auch die allgemeine und die geistige Kultur würde gehoben und belebt werden. Hat die Türkei schon aus sich selbst das reformistische Jungtürkentum geboren, so würde eine beständige und innige Fühlung mit unserm Geisteswesen ganz gewiß nicht zum Nachteil für die orientalischen Völker ausfallen. Der Orientale ist von Natur aus zur Bequemlichkeit geneigt. Er arbeitet nicht gern, und nicht nur in den Oberschichten ist die Meinung verbreitet, der Arbeit hafte doch etwas Erniedrigendes an. Diese falsche Auffassung würde sich auf die Dauer nicht behaupten können. Jene Völker würden mit fortgerissen werden und müßten mit in dem Strom schwimmen lernen, der in der Arbeit die Grundlage aller Kultur und endlicher Völkerselbständigkeit und Freiheit erblickt.

Hat der Krieg so unendlich viel Güter und Werte geistiger und materieller Kultur vernichtet, so soll die Zeit nach dem Kriege benutzt werden, der Kultur neue Bahnen zu öffnen und alle rückständigen Völker mit sich fortzuziehen zu einer Stufe, in der es keine Kriege mehr geben kann.

Unsere Lebenshaltung im Kriege.

Die vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen im Monat April 1916 veranstaltete Erhebung über die Lebenshaltung zeigt, wie wir erfahren, nunmehr vor ihrem Abschluß. Sie erstreckte sich im ganzen über 858 Familien mit

Verbandsnachrichten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin und Umgegend. In der Zahlstellenversammlung am 9. November wurde zunächst die Abrechnung für das dritte Quartal erledigt. Die Zentralkasse balanzierte in Einnahme und Ausgabe mit M. 23 474,95. Der Einnahme der Lokalkasse von M. 6865,20 steht eine Ausgabe von M. 4177,52 gegenüber; mithin eine Mehreinnahme von M. 2687,68. Da der Bestand der Lokalkasse am Schlusse des zweiten Quartals M. 46 129,15 betrug, ergab sich mit der Mehreinnahme vom dritten Quartal am Schlusse desselben ein Bestand der Lokalkasse von M. 48 816,83. Sodann gab Kamerad Witt einen Situationsbericht. Er führte folgendes aus: Mehrere Jahre vor dem Kriege lag die Berliner Bautätigkeit im allgemeinen sehr niedriger. Während des Krieges wurde die Bautätigkeit, soweit es sich um die Herstellung von Wohnhäusern handelt, dann fast ganz eingestellt. Es fehlte an den nötigen Kapitalien, ohne die das Baugewerbe bekanntlich nicht auskommen kann. Dazu kamen die Beschlagnahme sehr wichtiger Rohmaterialien, namentlich für den Innenbau, erhebliche Steigerungen der Baustoffpreise sowie die allgemeine Unsicherheit, für die zu errichtenden Neubauten die nötige Anzahl zahlungsfähiger Mieter zu finden. Auch die öffentliche Bautätigkeit ist während des Krieges in Berlin und den Vororten fast völlig zum Stillstand gekommen. Die Einschränkung der Staatsbauten wurde vom Preussischen Ministerium mit dem Hinweis begründet, daß es notwendig sei, die vorhandenen Arbeitskräfte der Kriegswirtschaft zuzuführen. Und die Durchführung der städtischen Bauten motivierte der Berliner Magistrat mit den geringen zur Verfügung stehenden Arbeitskräften und mit den hohen Materialpreisen. Er meint, daß nach Beendigung des Krieges die Inanspruchnahme dieser Arbeiter der dann eintretenden größeren Arbeitslosigkeit wegen leichter wäre und die Arbeiten auch billiger ausgeführt werden könnten als heute. Trotz dieser erheblichen Einschränkung der allgemeinen Bautätigkeit hat sich die Arbeitsgelegenheit für die Zimmerer Berlins und der Vororte recht günstig entwickelt. Zum Teil durch die immerwährenden Einziehungen zum Militärdienst, hauptsächlich aber durch die Ausführung umfangreicher Arbeiten für die Heeresverwaltung, wie Barackenbau, Fliegerhallen, Granatkästen, Minenkonstruktionen und dergleichen. Ferner durch die Errichtung einer Anzahl Fabrikbauten, so zum Beispiel in Moabit, am Nonnendamm, in Zehlendorf und im Bittenau, sowie durch die Errichtung einiger größerer Betonbauten, so am Westhafen, in Zehlendorf und an der Untergrundbahn. Aus diesem Grunde sank die Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe erfreulicherweise sehr stark herab. Nachstehende Aufstellung über die von der Organisation gezahlte Arbeitslosenunterstützung bringt das zum Ausdruck:

Jahr	Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt	Pro Mitglied
1913	M. 87 226,75	M. 38,17
1914	" 53 248,30	" 27,39
1915	" 6 217,65	" 4,31
1916 (3 Quartale)	" 1 264,—	" 1,03

Hieraus erzieht man, daß die im Jahre 1913 gezahlte Arbeitslosenunterstützung sich um M. 26 496,80 höher stellt als die Summe der vorausgehenden Arbeitslosenunterstützung in den nachfolgenden Jahren zusammengenommen. Zu bemerken ist noch, daß seit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserm Zentralverbande (1. Dezember 1905) insgesamt M. 424 396,95 an Arbeitslosenunterstützung in der Zahlstelle Berlin und Umgegend zur Auszahlung gekommen sind, wovon M. 328 939,45 auf die Zentralkasse und M. 95 457,50 auf die Lokalkasse entfallen. Ueber die Lohnverhältnisse läßt sich berichten, daß die Erhöhung der Tariflöhne am 5. August 1916 von 95 % auf 98 % pro Stunde ohne Störung vorangetragen ist. Durch die Bekanntmachung des Zentralverbandes im „Zimmerer“ vom 2. September 1916, worin darauf hingewiesen wurde, daß nach den getroffenen Vereinbarungen am 3. Mai 1916 in Berlin die dritte Rate der Kriegszulage in Kraft tritt, wurden auf einigen Arbeitsstellen diverse Irrtümer und Differenzen hervorgerufen, die jedoch nach Aufklärung der Beteiligten, daß der Berliner Tarifvertrag nicht unter den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe fällt, leicht berichtigt beziehungsweise beigelegt werden konnten. Zu Lohn-differenzen ersterer Art kam es besonders in den letzten Monaten bei einigen Berliner Großfirmen, wie zum Beispiel bei der Aktien-Gesellschaft für Bauausführungen, Aktien-Gesellschaft für Beton- und Monierbauten, Bosman & Knauer, Held & Franke und bei Meyer-Hochstraße. Bei diesen Differenzen trat die im § 8 des Tarifvertrages vorgesehene Untersuchungskommission in Tätigkeit, die nach vorheriger Benachrichtigung der bauausführenden Firma und mit deren Genehmigung auf den Bauten die Ursachen der Streitigkeiten zu ergründen und diese selbst nach Möglichkeit zu schlichten hat. Diese Differenzen, die in ähnlicher Weise sich auch bei den Maurern und Bauhilfsarbeitern einstellten, nahm der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin zum Anlaß, Ende September 1916 eine Besprechung mit den Leitern des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend, und des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Berlin, stattfinden zu lassen. Bei dieser Gelegenheit schilderten die Arbeitgebervertreter die Zustände auf dem Berliner Arbeitsmarkt und bemerkten dabei, daß in ihren Reihen der Wunsch bestehe, den Tarifvertrag von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft hinüberzuleiten. Bei den Arbeitnehmern scheine dieser Wunsch nicht vorhanden zu sein. Vielsach wurden höhere Löhne gefordert, als der Vertrag vorsieht. Die Vertragsparteien hätten deshalb die Pflicht, Nachmittel zu ergreifen, um auf allen Arbeitsstellen die Löhne auf den tariflichen Stand zu bringen. Die Arbeitnehmervertreter erwiderten darauf, daß die Differenzfälle an sich nicht zu bestreiten seien. Die Schuld hieran liege aber auf beiden Seiten. Daß die Berliner Bauarbeiter hier und da Wünsche auf Erhöhung ihres Einkommens äußern, sei infolge der maßlosen Preistreiberie auf dem Lebensmittelmarkt verständlich und begreiflich. Um die Situation wieder zu beherrschen, sei eine neue Lohnzulage das geeignetste Mittel. Mit einer neuen Lohnzulage — so meinten die Arbeitgebervertreter — würde an den Zuständen nichts geändert. Das habe die Lohnzulage am 5. August 1916 gezeigt. Wer leiste ihnen aber auch die Garantie darüber, daß, wenn sie eine

neue Lohnzulage von einigen Pfennigen für später bewilligen, dann allgemein auch für diesen Lohn gearbeitet würde. Indes von ihrem Standpunkte aus sei die Bewilligung einer neuen Lohnzulage nicht möglich. Eine solche würde nur dazu angetan sein, die Begehrlichkeit der Berliner Bauarbeiter weiter zu steigern, und für die Unternehmerschaft würde eine neue Lohnzulage eine Bestrafung der tariftreuen Firmen zugunsten der Tarifbrecher bedeuten. Darum sei es notwendig, eine gemeinsame Kundgebung zugunsten der Tariflöhne zu erlassen sowie die Aufnahme einer Statistik über die zurzeit gezahlten Stundenlöhne und sonstigen Vergünstigungen aufzunehmen, um an der Hand dieser Erhebungen dann bei den einzelnen Firmen Remedur zu schaffen. Von den Arbeitnehmervertretern wurde demgegenüber bemerkt, daß die gemachten Vorschläge nicht dazu angetan seien, in der Frage selbst auch nur einen Schritt weiterzukommen. Grundsätzlich sei daran festzuhalten, daß jede Vertragspartei ihre Mitglieder über die Pflichten des Vertrages selbst aufklärt. Das alles sei jedoch in ausgiebiger Weise geschehen. Wenn wieder Ordnung in die Lohnverhältnisse hineinkommen solle, sei eine der Forderung entsprechende Lohnzulage unerlässlich. Ferner sei dem Verband der Baugeschäfte zu empfehlen, der Arbeiterpartei mehr Agitationsfreiheit auf den Bauten und Plätzen zu gestatten zwecks Hineinführung der Indifferenten in die Tarifvertragsorganisationen sowie die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage. Diese Vorschläge lehnten die Arbeitgebervertreter mit der Bemerkung ab, „dann lassen wir lieber die Zustände wie sie sind“, womit die Aussprache beendet war. Ueber den organisatorischen Stand der Zahlstelle sei mitzuteilen, daß die 36 Bezirke der Zahlstelle nach wie vor ihre Verbandstätigkeit ausüben. Im Mitgliederzählte die Zahlstelle am Jahresabschluss: 1913 2193, 1914 1648, 1915 1311, 1916 am Schlusse des dritten Quartals 1168. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1914 der Krieg ausbrach. Ueber den Einfluß desselben auf die Mitgliederbewegung geben folgende Zahlen Aufschluß. Zum Heeresdienst waren eingezogen: am Schlusse des Jahres 1914 792 Mitglieder, am Schlusse des Jahres 1915 1524 Mitglieder, am Schlusse des dritten Quartals 1916 1637 Mitglieder. Hiernach steigerte sich die Zahl der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder von 792 am Schlusse des Jahres 1914 auf 1637 am Schlusse des dritten Quartals 1916, also um 845, während der Bestand an Mitgliedern in der gleichen Zeit von 1648 auf 1168 gesunken ist, also nur um 580. Mithin steht fest, daß in dem genannten Zeitraum rund 265 Mitglieder als Erfolg der gemeinsamen Agitations-tätigkeit für die Organisation neu gebucht werden konnten. Auch die Kassenverhältnisse der Zahlstelle haben sich in den letzten Jahren ganz merklich gebessert. Der Bestand der Lokalkasse betrug: am Schlusse des Jahres 1913 M. 29 181,01, am Schlusse des Jahres 1914 M. 30 495,66, am Schlusse des Jahres 1915 M. 38 884,05, am Schlusse des dritten Quartals 1916 M. 48 816,83. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß der Bestand der Lokalkasse sich gegenüber dem Jahre 1913 um M. 19 635,82 als Folge der besseren Berufsverhältnisse erhöht hat. Für Unterstufungen wurden seit dem Jahre 1913 in der Zahlstelle verausgabt: an Arbeitslosenunterstützung M. 137 253,65, an Reiseunterstützung M. 642,10, an Streit- und Gemäßregelungenunterstützung M. 4368,30, an Familienunterstützung M. 40 225, an Rechtschutz M. 954,91, an sonstige Unterstufungen M. 2492,75; Summa M. 185 936,71. Gewiß, nach Lage der Verhältnisse kann man mit dem organisatorischen Stand der Zahlstelle noch zufrieden sein. In agitatorischer Beziehung liegt aber noch sehr vieles im argen. Es waren Neuaufnahmen zu verzeichnen in den Jahren: 1913 275, 1914 532, 1915 504, 1916 (drei Quartale) 225. Daraus ist ersichtlich, daß die Werbearbeit für die Organisation im Laufe dieses Jahres nicht mit dem Eifer betrieben wurde, wie das in den Jahren 1914 und 1915 von den Kameraden geschehen ist. Daß Indifferenten noch in größerer Anzahl vorhanden sind, hat die statistische Erhebung im Juli 1916 gezeigt. Bei dieser Aufnahme wurden nicht weniger als 286 Indifferenten festgestellt. Diese gilt es aufzurütteln und dem Verbands-zuführen. Durch den Zusammenschluß aller Kräfte in dem Verband ist die Möglichkeit einer leichteren und tieferen Aufklärung geschaffen. Freilich, die vielfach in normalen Zeiten von der Leitung veranstalteten Massenaktionen versprechen in der Jetztzeit wenig Erfolg. Dazu sind auch die Voraussetzungen nicht vorhanden. Unsere gewerkschaftliche Arbeit besteht in der Hauptsache aus Kleinarbeit, in der Agitation von Mund zu Mund und von Person zu Person. Hierbei müssen alle Kräfte mitwirken, wenn das Ziel, möglichst alle Kameraden in unserm Zentralverbande zu vereinen, erreicht werden soll. Einen weiteren wunden Punkt im Verbandsleben bildet die sehr häufige Nichtanmeldung der vom Militärdienst zur Berufsarbeit freigestellten Kameraden sowie die Nichtanmeldung der aus andern Zahlstellen hier beschäftigten Verbandsmitglieder. Auch auf diesem Gebiete gilt es, ernstlich Remedur zu schaffen und die Betreffenden zur Pflichterfüllung anzuhalten. Des weiteren ist notwendig, alle Berufsangehörigen darauf aufmerksam zu machen, daß sie bei eintretender Arbeitslosigkeit den Nachweis des Verbandes, Berlin, Engelfufer 15, benutzen. Ueber die Tätigkeit desselben nur einige Zahlen. Offene Stellen wurden vermittelt in den Jahren: 1913 247, 1914 2126, 1915 2985, 1916 (drei Quartale) 1855. Infolge dieser Einrichtung des Verbandes wird den Arbeitsuchenden viel Mühe und Zeit erspart. Mögen unsere arbeitslosen Kameraden in der gegenwärtigen Kriegszeit deshalb das Umschauen überhaupt unterlassen und sich zunächst im Arbeitsnachweis des Verbandes melden. Alles in allem genommen: Wir dürfen in der Organisations- und Agitationsarbeit für unsern Verband nicht ruhen! Die Verhältnisse für die Zukunft sind sehr dunkel. Kein Mensch weiß, was uns der Krieg noch bringen wird. Ueberall macht sich schon ein Mangel an Rohstoffen bemerkbar. Wirtschaftlicher Niedergang, Arbeitslosigkeit und Lohnmangel werden die Folgen davon sein. Der Staat und die Gemeinden werden mit neuen Lasten kommen, und die Lebensmittelpreise werden so sprunghaft, wie sie erhöht worden sind, nicht wieder heruntergehen. Das alles zwingt uns, einig in der Organisation zusammenzustehen und dafür zu sorgen, daß der allgemeine Lebensstand unserer Kameraden durch den Krieg und alle sonstigen Wirnisse nicht erschüttert wird. Eine Diskussion über den mit Beifall aufgenommenen Bericht wurde nicht beliebt. Dagegen entspann sich über die Erhebung eines Winterbeitrages eine recht lebhaft Debatt. Elf Kameraden nahmen hierzu das Wort. Schließlich wurde mit allen gegen fünf Stimmen der

4079 Köpfe, und zwar 2261 Erwachsenen, 758 Kindern von 11 bis 16 Jahren, 986 Kindern von 1 bis 10 Jahren und 74 Säuglingen, in 55 Städten. Damit ist sie die umfangreichste Erhebung dieser Art. Denn die Untersuchung des Kaiserlichen Statistischen Amtes vom Jahre 1908, die bislang größte ihrer Art, umfaßte nur 852 Familien mit 3952 Personen; die Erhebung des Metallarbeiterverbandes vom gleichen Jahre erstreckte sich nur über 320 Haushaltungen. — Bei der Berechnung der durchschnittlich auf den Kopf entfallenden Quoten an Ausgaben und Verbrauch wurden zur Erzielung eines einwandfreien Ergebnisses innerhalb der einzelnen Familien die Kinder unter 11 Jahren nur halb gezählt; nach dieser Methode ergab sich eine Kopffzahl von 3733. Die Bearbeitung erstreckte sich auf die Erfassung der durchschnittlichen Ausgaben überhaupt und des durchschnittlichen Verbrauchs an Nahrungsmitteln, und zwar gegliedert einmal nach Einkommensstufen unter Zugrundelegung der Kopffzahl und außerdem innerhalb der Einkommensstufen auf die Berechnung der Ausgaben und des Verbrauchs vierköpfiger Familien gegliedert nach Berufen. In den nachstehenden Tabellen sind die monatlichen Ausgaben sowie der Verbrauch an Nahrungsmitteln im Gesamtdurchschnitt pro Kopf angeführt. Danach entfielen auf die Ernährung 52,14 pZt., auf Miete 10,87 pZt., Kleidung usw. 7,61 pZt., Heizung und Beleuchtung 3,60 pZt., Steuern 3,09 pZt. Von den Lebensmitteln beanspruchten die Ausgaben für Fleisch, Wurst und Fleischkonerven 21,77 pZt., die für Butter und Fette 11,71 pZt., für Brot und Backwaren 12,08 pZt., für Kartoffeln 5,81 pZt. Der Menge nach war der Verbrauch an Kartoffeln am größten, dann folgte der an Brot und Semmeln. Recht beachtenswert und für die Kriegswirtschaft bezeichnend ist auch der verhältnismäßig große Anteil, sowohl den Ausgaben als auch dem Verbrauch nach, den die Konserven (Fleisch wie Fischkonserven) beanspruchten, desgleichen der große Verbrauch an Marmeladen und Kunst-honig, wie auch der an Fischen, der den Friedensverbrauch weit überrufen dürfte. Bemerkenswert ist noch, daß die kürzlich in der Presse besprochene vorläufige Bearbeitung von nur zehn Städten eine ganz ähnliche prozentuale Verteilung der Ausgaben und des Verbrauchs an Lebensmitteln ergeben hatte.

Tabelle 1. Die monatlichen Ausgaben insgesamt.

Auf den Kopf entfielen an:		
Ausgaben für	M.	Prozent
1. Ernährung insgesamt	39,04	52,14
2. Feuerung, Holz, Kohlen, Beleuchtung	2,70	3,61
3. Miete	7,99	10,67
4. Steuern	2,32	3,10
5. Kleidung, Schuhzeug, Reparaturen	5,70	7,61
6. Sonstige Ausgaben: Wäsche, Seife, Soda	1,44	1,92
7. Hausgerät, Geschirr, Glas	—,48	0,64
8. Bücher, Zeitungen usw.	—,92	1,23
9. Fahrgelder	1,17	1,56
10. Arzt, Apotheke	1,09	1,46
11. Barbier, Haarschneiden, Bäder	—,39	0,52
12. Versicherungsbeiträge	2,25	3,01
13. Vereinsbeiträge	—,79	1,06
14. Vergnügungen, Sport	1,79	2,39
15. Geschenke	1,94	2,59
16. Lohn und Trinkgelder	2,27	3,03
17. Sonstiges	2,59	3,46
Ausgaben insgesamt	74,87	100,00

Tabelle 2. Die monatlichen Ausgaben für die Ernährung und den Verbrauch an Nahrungsmitteln.

Auf den Kopf entfielen an:			
Nahrungsmittel	M.	Prozent	Verbrauch an Nahrungsmitteln
I. Nahrungsmittel im Hause:			
1. Brot, Semmel usw.	3,44	9,69	8,304 Kilo
2. Sonstige Backwaren: Kuchen, Kekse usw.	—,85	2,39	0,466 "
3. Mehl, Grütze, Teigwaren, Graupen usw.	1,48	4,17	1,445 "
4. Kartoffeln	2,06	5,80	16,793 "
5. Butter, Fett, Margarine, Del, Schmalz	7,16	11,72	0,862 "
6. Fleisch, Wurst, Schinken usw.	6,55	18,46	1,524 "
7. Fleischkonerven	1,18	3,32	0,390 "
8. Fische, Räucherwar., Krabben	1,14	3,21	0,698 "
9. Fischkonerven	—,46	1,30	0,159 "
10. Eier	2,36	6,65	12 Stück
11. Milch	2,23	6,28	8 Liter
12. Milchkonerven	—,55	1,55	0,270 Kilo
13. Käse, Quark	1,01	2,84	0,363 "
14. Gemüse, Obst, Dörren Gemüse	1,35	3,80	1,703 "
15. Gemüse- und Obstkonerven	—,73	2,06	0,870 "
16. Obstmus, Marmelade, Kunst-honig usw.	1,02	2,87	0,890 "
17. Zucker	—,77	2,17	1,184 "
18. Kakao, Schokolade, Süßigkeiten	—,70	1,97	0,142 "
19. Gewürz, Salz, Essig, Zitronen usw.	—,57	1,61	0,533 "
20. Bohnenkaffee, rein und in Mischungen	1,06	2,99	0,226 "
21. Malz, Korn-, Eichkaffee, Tschorie usw.	—,40	1,13	0,345 "
22. Getränke (alkoholfreie), Tee, Saft usw.	—,42	1,18	—
23. Künstl. Lebensmittel, Ersatzstoffe	—,34	0,96	—
24. Sonstige Nähr- und Genussmittel	—,67	1,88	—
Nahrungsmittel zusammen	35,50	100,00	—
II. Alkohol, Tabak, Zigarren	1,53	3,92	—
Zusammen	37,03	—	—
III. Ausgaben für Speisen und Getränke außer dem Hause			
	2,01	5,14	—
IV. Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel in und außer d. Hause zusammen			
	39,04	—	—

Beschluß gefaßt, in den zehn beitragsfreien Wochen, also in der Zeit vom 18. Dezember 1916 bis 24. Februar 1917 einen wöchentlichen Totalbeitrag von 50 $\%$ zu erheben. Arbeitslose und kranke Mitglieder sind von diesen Beiträgen befreit. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, für den Fall, daß die Zentralinstanzen des Verbandes beschließen, zu Weihnachten den Familienangehörigen der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder wieder eine Unterstützung zu gewähren, nach demselben Grundsatze einen Betrag von M. 2 aus der Lokalkasse aufzusteuern.

Stettin. Am 31. Oktober tagte im „Volks Hause“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die leider nicht gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: Abrechnung vom dritten Quartal und Verbandsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der im Felde gefallenen Kameraden Ehrte und H. Radloff. Besonders H. Radloff hat sich große Verdienste um unsere Zahlstelle erworben, wie er ebenfalls in der Partei ein sehr rühmliches Mitglied war. Lange Jahre gehörte er der Lohnkommission an, auch war er Kassierer der Zentralkrankenkasse. Sodann gab der Kassierer die Abrechnung bekannt. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug M. 2203,40, für die Lokalkasse M. 502,80. Das dritte Quartal schloß ab mit 188 Mitgliedern. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Kamerad Michaelis berichtete hierauf über das Ergebnis der im September vorgenommenen Erhebungen. Es wurden 31 Betriebe gezählt, darunter 6 Baugeschäfte, 14 Zimmereigeschäfte, 4 Betongeschäfte und 7 Fabrikbetriebe. Es arbeiteten in den Baugeschäften 42 Zimmerer, in den Zimmereigeschäften 102, in den Betongeschäften 25, in den Fabrikbetrieben 54, in andern Berufen 8 und im Kriegsgebiet 7 Zimmerer. Zusammen 238 Zimmerer. Davon waren 173 Mitglieder unseres Zentralverbandes, und zwar 157 der hiesigen Zahlstelle und 16 in andern Zahlstellen. Außerdem gehörten 7 Zimmerer der Freien Vereinigung an, 9 dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein und unorganisiert waren 33. Lehrlinge wurden 27 gezählt. Von den Arbeitgebern sind 23 organisiert und 8 unorganisiert. Der Tariflohn (65 $\%$ und 10 $\%$ Feuerzulage) wurde mit Ausnahme der Werften und Fabriken in sämtlichen Geschäften gezahlt. Die Vulkantwert zahlte 52 $\%$ Stundenlohn, M. 9 Kriegszuschlag pro Monat und 30 bis 40 pPct. Akkordzuschlag. Die Oberwerke zahlen 52 $\%$ Stundenlohn, für die Verheirateten einen Kriegszuschlag von M. 2,50, für die Unverheirateten M. 1,50 die Woche. Die Werft von Nüsse zahlt dasselbe wie die Oberwerke. Die Chamottefabrik zahlt einen Stundenlohn von 52 $\%$ sowie einen Kriegszuschlag von M. 4,50 die Woche. In der Debatte über das Ergebnis wurde das Verhalten des Mitgliedes C. Mandel getadelt. Mandel hatte den Erhebungsbogen an das Bureau zurückgeschickt mit dem Bemerkten, es möge ein anderer Kamerad damit beauftragt werden. Das wurde ihm von der Versammlung sehr verdacht, zumal er gern die Einrichtungen unseres Verbandes kritisiert. Hier, wo ihm Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben wurde, lehnte er sie ab. (Anmerkung des Schriftführers: Den Mitgliedern Stettins muß dringend geraten werden, ihr Verbandsorgan aufmerksamer zu lesen und die Mitgliederversammlungen besser zu besuchen. Die letzten Versammlungen wiesen einen blühenden Besuch auf. Unsere Kameraden sollten nicht vergessen, daß unser Zentralverband die Waffe ist, der wir auch nach dem Kriege dringend bedürfen. Daher gilt es, diese Waffe auch während des Krieges nicht einrostet zu lassen.)

— Mehrere Male war im Stettiner „Generalanzeiger“ unter „Stellengesuche“ zu lesen: „Bautischler und Zimmerer werden verlangt: Zimmerplatz Rogge, Apfelallee 12.“ Diese Anzeige scheint nicht den gewünschten Erfolg gehabt zu haben, deshalb lautete sie neuerdings: „Zimmerleute und Bautischler für einfache, reinliche Arbeit (Waren) eventuell volle Arbeitszeit und Ueberstunden“ stellt die obengenannte Firma ein. Natürlich bleibt auch diese Anzeige erfolglos, weil bei der gegenwärtigen Ernährung Ueberstunden nicht gemacht werden können. Worauf es ankommt, könnte auch genannte Firma wissen. Der gezahlte Lohn ist zu niedrig, er reicht zum Leben nicht aus. Bei der Arbeit könnte sehr wohl auch ein zum Leben ausreichender Lohn gezahlt werden, die Preise, welche die Firma erzielt, dürften es gestatten.

Swinemünde. Am 5. November tagte nach langer Zeit eine Mitgliederversammlung im Anschluß an eine Quartalsversammlung der Sterbefasse der Zimmerer von Swinemünde und Umgegend. Der Gauleiter legte den Wert und Nutzen des Verbandes vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege dar. Er zeigte, wie vor dem Kriege die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifverträgen fest geregelt, während des Krieges durch den Verband die Feuerzulagen mit dem Arbeitgeberbund fest abgeschlossen worden sind. Er wies ferner darauf hin, daß nach dem Kriege die Notwendigkeit einer Organisation noch mehr hervortreten wird, wenn die Massen vom Kriege zurückkehren. Darum wäre es notwendig, daß alt und jung im Verband der Zimmerer Deutschlands organisiert sind. In der Diskussion waren alle von dem Wert und Nutzen des Verbandes überzeugt bis auf einige ältere Mitglieder, die der Meinung sind, daß für sie der Verband keinen Zweck hätte; sie erhielten dann keine Arbeit mehr. Ein älteres früheres Mitglied erklärte, er hätte austreten müssen, weil ihm zu Unrecht die Arbeitslosenunterstützung vom Zahlstellenvorstand verweigert worden sei. Der Gauleiter erklärte demgegenüber, daß im Verband der Zimmerer jedermann zu seinem Recht kommt, wenn er recht hat. Der Betreffende hätte nur den Instanzenweg beschreiten sollen, wenn er im Recht zu sein glaubte. Es wäre der Wert und Nutzen des Verbandes für alt und jung vorhanden. Wie unsere Söhne, Brüder und Verwandten draußen im Kriege durchhalten müssen, so müßten auch wir dem Verband durch den Krieg hindurchhelfen. Es versprochen einige, sich dem Verbande wieder anzuschließen.

Sterbefaßel.

Wonn. Am 26. Oktober starb unser Mitglied Heinrich Kreuter im Alter von 60 Jahren.

Groß-Zimmern. Am 28. Oktober verstarb unser Kamerad Heinrich Strauch im Alter von 61 Jahren.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Auf einem Kalivert bei Milhausen i. G. ist am 19. Oktober der Zimmerer Friedrich Weber tödlich verunglückt. Weber war Mitglied unseres Verbandes.

Der Bauarbeitsmarkt in Ostpreußen. Der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe in Königsberg teilt uns mit, daß die Bautätigkeit im Oktober eine weitere Einschränkung erfahren hat und dementsprechend auch die Nachfrage nach Maurer- und Zimmerergefellen und Bauhilfsarbeitern zurückgegangen ist. Lebhafter verlangt wurden Maler, Ofenseher und besonders Tischlergefellen, für die seit 1. Oktober ein neuer Tarifvertrag für das ostpreussische Holzgewerbe mit Mindeststundenlöhnen von 70 bis 74 $\%$ in Kraft trat. Insgesamt konnten im letzten Monat vom Arbeitsnachweis 391 Bauhandwerker für den Wiederaufbau vermittelt werden. Außerdem haben die Kreisarbeitsnachweise der Provinz eine Anzahl solcher Arbeitskräfte vermitteln können.

Herr v. Batocki an die allzu phantasiervollen Architekten in Ostpreußen.

Was hilft's, daß ihr beim Bau des Sialls Mit allerhöchsten Stilen spielt? Das Beste ist doch jedenfalls, Daß drin der Dohle wohl sich fühlt!

Ob's gotisch, ob's romanisch sei, Und wenn's arabisch-maurisch ist, Dem Bullen ist es einerlei, Wo er sein gutes Futter frist.

Und Koko, und auch Empire, Und sollt es selbst ägyptisch sein, Was gibt das Nüsselvieh dafür? Behaglich wohnen will das Schwein!

Und ob ein Turm noch oben thront Mit allem Stilbrimborium, Die Sau, die dies Lokal bewohnt, Sie kümmert sich den Teufel drum!

Drum fleure deinem Geistesstrom, Sonst nennt man, Künstler, dich verrückt! Nichts wirkt so komisch wie ein Dom, Aus dem ein fetter Hammel blickt!

(Klabberbatsch.)

Der baugewerbliche Arbeitsmarkt im September 1916 wird im „Reichsarbeitsblatt“ wie folgt beschrieben:

Nach den Verbandsberichten, die dem Kaiserlichen Statistischen Amt eingesandt worden sind, hat der Baumarkt im September keine wesentliche Aenderung erfahren. Von einer Anzahl von Verbänden wird die Beschäftigung als gut bezeichnet, und es wird hervorgehoben, daß reichlich Arbeit vorhanden ist, daß sich jedoch die Arbeiterknappheit fühlbar macht.

Die Zeitschrift „Baumaterialien-Markt“ berichtet: Im September erstreckte sich die Bautätigkeit außer auf Bauten für die Kriegesindustrie und für Behörden auf die Errichtung von Kriegerheimen und Kleinwohnungen, während die Privatbautätigkeit weitere Einschränkung erfuhr. Neue Pläne von Krieger- und Kleinwohnungsheimen wurden bekannt aus Charlottenbrunn i. Schles., Cöln a. Rh., Döbeln i. Sa., Gmden i. Hann., Halle a. d. S., Kiel, Neuß i. d. Rhpr., Nied bei Frankfurt a. M., Rostock-Dierkow, Thorn i. Westpr. und Zeitz. Die Förderung des Kleinwohnungsbaues durch die Krankenkassen wurde auf dem Deutschen Disztriktag, der im September stattfand, beraten. In der für die Bautätigkeit äußerst wichtigen Frage der Hypothekenbeschaffung ist zu berichten, daß sich in Magdeburg eine „Genossenschaft Magdeburger Hausbesitzer zur Beschaffung und Sicherung von Hypotheken e. G. m. b. H.“ gegründet hat. In Leipzig soll unter dem Namen „Leipziger Hypothekenverein“ eine Anstalt zur Beschaffung zweifelhafte Hypotheken gegründet werden. Bei dem Wiederaufbau in Ostpreußen wird gegenwärtig seitens der Behörden die Errichtung von Notbauten nach Kräften gefördert, um vor Eintritt des Winters ausreichende Unterflurräume für Menschen, Tiere und Feldfrüchte zu erhalten. Auch sonst machen die Wiederaufbauarbeiten erfreuliche Fortschritte. Neue Bebauungspläne sind bisher aufgestellt im Regierungsbezirk Königsberg für die Städte Allenburg, Domnau, Gerdaun und Tapiau; im Regierungsbezirk Gumbinnen für die Städte Darkehmen, Goldap, Willkallen und Stallupönen; im Regierungsbezirk Allenstein für die Städte Bischofsburg, Hohenstein, Neidenburg, Dreßburg und Soldau. Auch die Pläne für Johannisburg, Löben und Syd sind als fertig zu betrachten. Noch nicht in Angriff genommen ist die Bearbeitung der Pläne für die Grenzorte Gydruhnen, Plovo und Schirwindt. Ueber die unter Mitwirkung der Kriegshilfsvereine und Patenstädte geplanten Bauarbeiten ist in der Zeitschrift „Der Wiederaufbau“ eine Zusammenstellung erschienen, die in den großen Umfang der geplanten Hilfsaktion einen wertvollen Einblick bietet.

Dem Monatsbericht der „Tonindustrie-Zeitung“, Berlin, zufolge hat sich die Bautätigkeit im September dem Vormonat gegenüber in keiner Weise verändert. Der Mangel an geübten Arbeitskräften macht sich sehr fühlbar. Die private Bautätigkeit bleibt auf wenige Neubauten, Fabrikweiterungen und kleinere Bauausführungen beschränkt; vielfach sind größere Bauten bis auf eine günstigere Zeit zurückgestellt worden. Die öffentliche Bautätigkeit umfaßt zumeist Bauvollendungen und einige Bauten für Staat und Heeresverwaltungen. Nur in den durch den Russeneinfall zerstörten Gebieten Ostpreußens ist die Bautätigkeit noch immer lebhaft und wäre noch reger, wenn ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. Sonst wird über eine Belebung in der Bautätigkeit nur aus wenigen Städten, zum Beispiel Bremen, Waagen, Kottbus und Marienburg i. Westpr., berichtet. Im südlichen Holstein machen sich Anzeichen für eine regere Frühjahrsbautätigkeit bemerkbar.

206 Betriebskrankenkassen des Baugewerbes hatten am 1. dieses Monats 53 725 männliche und 5814 weibliche Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähig Kranken. Im Vergleich mit dem Anfang des Berichtmonats ist eine Abnahme von 2,48 v. H. bei den männlichen und eine solche um 2,53 v. H. bei den weiblichen Beschäftigten eingetreten. Bei 85 Innungskrankenkassen der Bauberufe mit 24 475 männlichen und 1582 weiblichen versicherungs-

pflichtigen Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähig Kranken am 1. d. M. war dem Anfang des Berichtmonats gegenüber die männliche Beschäftigung um 2,63 v. H. geringer, die weibliche um 4,08 v. H. höher.

Einem Vergleich mit den vorhergehenden Monaten und mit dem Vorjahr bietet die folgende Zusammenstellung der Bombentfänge der Zu- oder Abnahme der in den Betriebskrankenkassen wie in den Orts- und Innungskrankenkassen versicherten männlichen und weiblichen Beschäftigten.

Am ersten des Monats	Betriebskrankenkasse		Bez. Ortskrankenkasse		Innungskrankenkasse	
	1915	1916	1915	1916	1915	1916

Männliche Beschäftigte:

Juli	- 3,31	- 1,26	- 2,28	- 2,23	- 0,08	+ 2,26
August	- 6,68	- 1,29	- 4,05	+ 0,88	+ 0,58	- 0,91
September	- 3,54	+ 0,93	- 5,04	- 0,02	- 0,31	- 0,21
Oktober	- 4,08	- 2,48	- 3,60	- 1,72	- 4,56	- 0,63

Weibliche Beschäftigte:

Juli	+ 8,06	- 3,80	- 0,57	- 5,97	+ 30,40	+ 2,10
August	+ 1,47	+ 4,13	+ 0,12	+ 2,01	- 14,39	+ 13,55
September	+ 2,71	+ 3,95	+ 0,32	+ 0,36	- 8,15	+ 0,45
Oktober	- 0,35	- 2,53	+ 5,63	+ 0,63	- 5,74	+ 4,08

Auf 100 offene Stellen kommen im Baugewerbe Arbeitsgesuche

im Monat	männliche		weibliche	
	1915	1916	1915	1916
Juli	96	65	1	1
August	91	52	.	.
September	74	42	.	.

Die Berechnung ist nicht durchgeführt, weil die Zahl der offenen Stellen hinter 100 zurückblieb.

4 Arbeiterverbände des Baugewerbes meldeten unter 64 456 berichtenden Mitgliedern im Berichtmonat 0,3 v. H. Arbeitslose gegen 1,0 v. H. im gleichen Monat des Vorjahres.

Zu den Vorschriften über Baugerüste hat der Rat der Stadt Leipzig folgende Bekanntmachung erlassen, die sofort in Kraft tritt: „Für weiteren Förderung des Arbeiterfiskus bei Bauten und dergleichen wird in Ergänzung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1896, betreffend die Anstellung von Bau- und Altputzgerüsten, folgendes bestimmt: Gerüste, wie sie bei freistehenden Schornsteinen (Dampfschornsteinen) zu Ausbesserungs-, Aenderungs-, Wiederherstellungs- und ähnlichen Arbeiten benutzt werden, bedürfen vor ihrer Verwendung im Stadtgebiet der allgemeinen polizeilichen Genehmigung. Als solche Gerüste kommen insbesondere die in Betracht, die aus Holzwerkeln bestehend, durch Ketten oder Seile und Eisenhaken am Schornstein befestigt beziehungsweise festgehalten werden. Wer im Stadtgebiet Gerüste dieser Art verwenden will oder verwenden lassen will, muß zunächst diese allgemeine Genehmigung beim Baupolizeiamt schriftlich beantragen. Dem Antrage sind eine zeichnerische und eine beschreibende Darstellung des Gerüsts sowie statistische Nachweise von Einzelheiten in doppelten Stücken beizufügen; letztere insoweit, als dies möglich ist und vom Baupolizeiamt für nötig erachtet wird. Zu widerhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden mit G. S. Nr. 60 oder entsprechender Haft bestraft.“

Eine Ständige Bauausstellung im Architektenhause in Berlin. Das Architektenhaus, in dessen Sälen sonst zahlreiche wissenschaftliche und künstlerische Vorträge stattgefunden haben, erhält eine neue Bestimmung. Die durch den Kriegszustand am meisten gehemmte Bautätigkeit wird nach dem Friedensschluß einen außerordentlichen großen Aufschwung erfahren. Die zurückgestellten, umfangreichen öffentlichen wie privaten Bauten, der Wiederaufbau der zerstörten und besetzten Gebiete und die Behebung der nach dem Kriege zu erwartenden Wohnungsnot wird außerordentlich große Anforderungen an das deutsche Baugewerbe stellen. Dieser Sachlage Rechnung tragend, wird im Architektenhause zu Berlin eine „Ständige Ausstellung für Baupersonen“ entstehen. Das Architektenhaus wird zu diesem Zwecke einen völligen Umbau erfahren. Die Ausstellung wird nach völlig neuen Gesichtspunkten die handwerklichen, technischen und künstlerischen Höchstleistungen unseres Baugewerbes und der mit ihm verwandten Gebiete zur Darstellung bringen. Die Eröffnung der Ausstellung erfolgt am 1. Juli 1917.

Transport eines Bahnhofgebäudes. Für amerikanische Verhältnisse bietet die Beförderung ganzer Holzhäuser von Straße zu Straße, sogar von Ort zu Ort nichts Neues. Der Amerikaner bricht ungern ein gut erhaltenes Gebäude ab, um es an anderen Orte wieder aufzubauen. Aus dem gleichen Grunde entschloß sich die Southern Railway, die zurzeit ihre Linie von Washington nach Atlanta auf verschiedenen Strecken verlegt und zweigleisig ausbaut, für den neuen Bahnhof in Danville kein neues Empfangsgebäude zu errichten, sondern das alte Stationsgebäude nach dem neuen Plage zu verschieben. Die Beförderung gestaltete sich diesmal auch für die mit derartigen Arbeiten vertrauten Ingenieure besonders schwierig, da es sich um einen Backsteinbau handelte, der das ansehnliche Gewicht von 1 Million Kilogramm auswies. Dennoch ging die Verschiebung, die auf eine Entfernung von rund 50 Fuß über eine Straße erfolgte, ohne jeden Unfall gut vonstatten.

Das älteste Holzhaus der Welt. Den besten Beweis für die außerordentlich hohe Dauerhaftigkeit des Holzes bietet ein Holzhaus in der kleinen japanischen Villenstadt Nara, das als das älteste Haus Japans und wohl auch als der älteste Holzbau der ganzen Welt bezeichnet werden kann. Wie Regierungsbaumeister Franz Woas in der „Holzwelt“ berichtet, besteht dieses Gebäude so lange, als es in Japan Mitados gibt. Es dient den Beherrschern Japans als Schachhaus und ähnelt in seiner Anlage den üblichen Schachhäusern der japanischen Tempel, nur ist sein Grundriß nicht quadratisch, sondern länglich und etwas größer, als es bei den gewöhnlichen japanischen Schachhäusern der Fall ist. In diesem Hause werden sämtliche wertvollen Heiligtümer und Kunstschätze des

